

# Sohrauer Stadtblatt.

Ämtliches Publikations-Organ der Behörden von Sohrau D.-S., sowie der Vereine.

Mit der Gratis-Unterhaltungs-Beilage „Illustriertes Sonntagsblatt“.

### Erscheinung

wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend  
Bezugspreis: Vierteljährlich 1 Mk. am Ort 4.00 Mk.,  
bei allen Postämtern 4.50 Mk.

### Druck und Verlag:

H. Quast's Buchdruckerei, Sohrau D.S.  
Verantwortlicher Redakteur: Paul Quast.

### Anzeigenpreis:

für die einseitige Zeilenzahl über deren Raum 50 Pf.  
Inseraten-Nachnahme bis nachmittags 1 Uhr vor dem  
Erscheinen 25 Pf.

Nr. 95.

Freitag, Nr. 49.

Mittwoch, den 1. Dezember 1920.

Freitag, Nr. 49.

42. Jahrg.

## Hundschau.

### Das Befinden der Kaiserin.

Berlin, 28. November. Die letzten Nachrichten aus Schloß Doorn lassen eine langsame, aber fortschreitende Auflösung der deutschen Kaiserin als nicht mehr abwendbar erscheinen. Wie wir erfahren, sind für den Fall des Todes der Kaiserin Vorkommnisse für die Ueberführung des Sarkophages nach Deutschland und für die Beisetzung in Potsdam getroffen.

Berlin, 28. November. In dem dem früheren Kaiserhaus politisch nächststehenden Kreisen, die über das Haus Hohenzollern besser unterrichtet zu sein pflegen, wird das Ableben der früheren Kaiserin in naher Zukunft ernstlich befürchtet. Das geht hervor aus einer Bemerkung im heutigen Vorkurs der „Täglichen Rundschau.“ Diese wendet sich gegen die sozialdemokratische Bewertung des Falles Großer zur Aktion gegen das Hohenzollernhaus und sagt, diese Sache sei gerade jetzt unwillkürlich gewesen, wo das Haus Hohenzollern „in diesen Tagen“ den schweren Schlag des Ablebens der Kaiserin erwartet, die wie eine Heilige in den Zeiten des Zusammenbruchs über den Thron gestanden hat.

Berlin, 29. November. Die letzten Nachrichten aus Schloß Doorn von gestern vormittag stellen ein rationales Befinden der Kaiserin fest. Vorübergehend war das Allgemeinbefinden am Sonntag ein besseres. Auch in der Nacht zum Sonntag hatte die Kaiserin gut geschlafen. Die Mittagspause des Sonntags brachte jedoch wieder den alten Zustand. Eine unmittelbare Lebensgefahr besteht bis jetzt jedoch nicht.

### Die deutsche Schulnot in Polen.

Berlin, 28. November. Aus Polen wird gemeldet: Die deutsche Schulnot wächst von Woche zu Woche. Ueber 15000 deutsche Kinder sind ohne deutschen Unterricht. 75 bis 90 v. H. aller deutschen Schulkinder sind mit Polen besetzt. Infolgedessen macht sich eine bedrohliche Abwanderung der deutschen Bevölkerung auch auf dem Lande bemerkbar. Von Seiten der polnischen Regierung sind auf die diesbezüglichen Beschwerden der Deutschen keinerlei Schritte erfolgt.

### Vernichtung des Hafens von Helgoland.

Helgoland, 29. November. Der Hafen von Helgoland ist auf Anordnung der Interalliierten Kontrollkommission gesperrt, da er gegenwärtig unter Aufsicht dieser Kommission vollständig gesperrt wird. Alle Verlässe der deutschen Regierung, durch belagerte Poststationen bei der Kontrollkommission wenigstens einen Teil des Hafens im Interesse der Nordseefischer frei zu behalten, sind ergebnislos geblieben. Durch die jüngere Sperrung wird auch die Tätigkeit der geologischen Anstalt auf Helgoland schwer beeinträchtigt.

### Rußland mobilisiert die Frauen.

Konigsberg, 27. November. Die Sowjetregierung hat nach hier eingelaufenen Meldungen durch eine besonders geschaffene Organisation die Mobilisierung aller Frauen zur Herstellung von Lebensmittel für die Truppen angeordnet.

### König Konstantin soll zurückkehren.

Rom, 27. November. „Tempo“ meldet aus Athen die Abreise einer Kommission, die sich zu König Konstantin begibt, um ihm den Wunsch des Volkes, daß er wieder den Thron besteigen soll, vorzutragen.

### Zurückziehung der farbigen Truppen.

Am Mittwoch wurden die schwarzen Truppen in Mozambique abgezogen. Der Bevölkerung in der

Blatz ist es als sonderbar anzusehen, daß die schwarzen Truppen unter Kaiserlicher Bedeckung der weißen Soldaten abtransportiert wurden. Wie man hört, sollen in der ganzen Blatz die schwarzen Truppen durch weiße abgelöst worden sein. Auch soll die französische Besatzung in der Blatz verdrängt werden.

Wie aus Berlin gemeldet wird, bestätigt sich offenbar die Nachricht, daß die Franzosen unter dem Druck der anderen Alliierten allmählich die als Besatzungsstruppen in Deutschland unterhaltenen Kolonialregimenter zurückziehen und durch europäische Soldaten ersetzen lassen.

### Warschau verlangt eine Kontrolle Korfantis.

Warschau, 29. November. Der Verleererstat der „Königlichen Zeitung“ meldet aus Warschau: Das polnische Regierungsblatt „Narod“ veröffentlicht einen vernichtenden Artikel über die Tätigkeit der Abstammungskommission. Korfantis Arbeitstag und sein Werk werden zwar anerkannt, aber sein grenzüberschreitendes Ergehen wird als verderblich für die polnischen Interessen an Ostpolen erachtet. In seiner Umgebung bildet er dem Volke zufolge keinen Sachverständigen, und es hat sich infolgedessen ein Etablierte Etablierte gebildet, die weder sachlich noch moralisch in der Lage seien, die polnischen Wünsche zu fördern. Das Blatt verlangt Einwirkungen der polnischen Regierung zur Kontrolle der richtigen Behörden in Warschau. Gestützt wird dieses Verlangen von der Volkspartei und den Sozialdemokraten.

## Oberschlesien.

### Dr. Urbanek an General Le Rond.

Kattowitz, 25. November. Der deutsche Wahlkommissar Dr. Urbanek hat an General Le Rond zwei Telegramme gerichtet. In dem ersten weist Dr. Urbanek auf das bedenkliche einer neuen Umgestaltung der blauen Polizei hin, wie sie geplant ist. Dr. Urbanek begründet seine Bedenken mit der Tatsache, daß die von der Interalliierten Kommission geschaffene Abstammungspolizei sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt hat infolge des gänzlichen Mangels an polizeilicher Vorbildung. Zum Schluß warnt Dr. Urbanek vor derartigen verhängnisvollen Experimenten, die die Sicherheit des Landes gefährden. — In dem zweiten Telegramm legt der deutsche Wahlkommissar Verwahrung ein gegen die von verschiedenen Kreiskontrolluren erlassene Verfügung, die besagt, daß binnen kurzem je vier Deutsche aus jeder Gemeinde als Mitglieder einer Ortsabstimmungsbehörde zu bestimmen seien. Staats- und Kommunalbeamte sowie Geistliche sollen für diese Wahlen nicht in Frage kommen. Gegen diese Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte erhebt Dr. Urbanek Einspruch unter Hinweis darauf, daß Beamte ebenso wie die Geistlichen volle Bürger mit allen Rechten und Pflichten seien. Besonders in der Angelegenheit der Abstimmung sei es von allerhöchster Wichtigkeit, daß die Rechte des einzelnen unverletzt bleiben, um so eine wirklich gänzlich unbefluchtete Abstimmung zu gewährleisten.

### Eine Sekrede Korfantis.

Berlin, 28. November. Die ober-schlesischen Blätter berichten über eine Rede, die Korfanti am 25. November in Rosenberg hielt und in der er u. a. erklärte, die deutschen Gymnasien, Universitäten und Schulen seien Schwindelanstalten. Die Abstammungsberechtigten aus dem Reich sollte die Polizei wie Verräter behandeln. Ein jeder der Versammelten müsse ihm, Korfanti, befehlen, sie in die Flucht zu schlagen usw.

W.F.B. schreibt hierzu: Wir sind überzeugt, daß den Oberschleslern die Wahl, unter welcher

Regierung sie kommen wollen, nicht schwer fallen wird, zumal, wenn Herr Korfanti fortfährt, in dieser Weise für Polen Stimmung zu machen. Die Oberschlesier werden trotz der prophetischen Drohung des polnischen Delegierten nicht zulassen, daß ihr Land an die jenseitigen ausgeliefert wird, die Geste vom Geste Korfantis sind. Von der Interalliierten Kommission aber wird man verlangen müssen, daß sie mit aller Energie den verbrecherischen Plänen, die Korfanti angekündigt hat, entgegenwirkt.

### Antrag auf Ausweisung Korfantis.

Kattowitz, 27. November. Auf Grund der Rede, die der polnische Abstammungskommissar in Rosenberg hielt, hat der deutsche Abstammungskommissar Dr. Urbanek bei der Interalliierten Kommission in Oppeln den Antrag gestellt, Korfanti aus dem Abstammungsgebiet auszuweisen. In dem Antrag heißt es u. a.:

„Einen Bericht über diese Rede fügen wir bei. Wir sind bereit, mehrere Odenzeugen, die die Rede Korfantis mit angehört haben, zu benennen. Die Odenzeugen sind Oberschlesier, der polnischen Sprache vollkommen mächtig, glaubwürdig und zuverlässig. Wir bitten, sämtliche Zeugen gleich eidlich zu vernahmen. Wir bitten die Hohe Interalliierte Kommission, wenn die Zeugen benannt werden, die Zustimmung abzugeben, daß diese Personen des besonderen Schutzes der Hohen Alliierten Kommission sicher sind. Denn die besorgte Furcht vor Mordanschlag erstickt die Wahrheit.“

Es folgen Auszüge aus der furchtbaren Rede.

Es heißt dann weiter: „Herr Korfanti steht an der Spitze eines Angestellten-Apparates von vielen Tausenden Menschen. Er selbst spricht davon, daß „in jedem Dorf ein geheimer Berichterstatter baldigst ernannt werden soll.“ Er verfügt frei über gewaltige Geldmittel, um diejenigen zu belohnen, die nach seinem Willen handeln. Er hat dies in einer Zeit gesagt, wo das weite Land noch gelähmt ist von den Schrecken des Aufstandes, und die erschlagenen Deutschen, etwa 100 an der Zahl, noch in festschem Gedächtnis sind. Er hat dies gesagt auch noch der Ostschlesische Wajfko, wo vor 14 Tagen die Deutschgesinnnten Kroll und Janba in der Mittagsstunde kaltherzig ermordet worden sind. Er hat dies gesagt hinein in eine künstlich entfachte Bewegung, die, aufgepeitscht durch die bestallten Agenten des polnischen Wahlkommissars, ihren Hohn und Spott mit der Autorität der Hohen Interalliierten Kommission treibt, indem sie eine Rechtsgelegenheit durch eine Gewalttat zu lösen trachtet und zuwider dem Friedensvertrage die Abstammungsberechtigten aus dem Reich, aus Oberschlesien zu verjagen droht.“

Auf die niedrige Aufhebung der Besatzungsmacht Frankreichs, die zusammen mit England und Italien die Aufgabe übernommen hat, eine gerechte Freuhänderin dieses Landes zu sein, haben nicht wir zu antworten.

Wir wiederholen den eben gestellten Ausweisungstrag.“

### Das Abstimmungsrecht der Reichsoberschlesier gesichert.

Berlin, 27. November. Das „Acht-Uhr-Abendblatt“ berichtet, Bertinor melde im „Echo de Paris“ über die Londoner Verhandlungen folgendes: Besonders schlecht steht es mit dem französischen Standpunkt in der ober-schlesischen Frage. Das englische Kabinett hat zwei französische Noten abschlägig beschieden, nämlich die erste, daß die nur zur Hälfte in Oberschlesien geborenen Deutschen an der Abstimmung nicht teilnehmen sollten; die zweite, daß die Inzuzation von 300000 in Oberschlesien geborenen

Deutschen die Ruhe und Ordnung bedrohen und daß deshalb eine Verstärkung des Truppenaufgebots notwendig sei. Lloyd George hat erklärt, der Vertrag müsse dem Buchstaben gemäß ausgeführt werden und die öffentliche Deutung sei nicht gefährdet.

Berlin, 27. November. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Bei den Besprechungen in London über Oberschlesien kam die Ansicht des Generals Le Nord zur Sprache, daß durch den Zugang der Abstimmungsberechtigten aus ganz Deutschland große Unruhen entstehen könnten. Die Minister gaben ihrer Besorgnis Ausdruck, daß die Polizeikräfte der Allierten solchen Fällen nicht gewachsen wären.

Das Blatt schreibt dazu: § 4 der Anlage zu Artikel 8 des Friedensvertrages umschreibt genau den Kreis der Personen, die an der Abstimmung in Oberschlesien teilnehmen sollen. Von dieser Bestimmung kann nicht abgesehen werden; zudem sind von deutscher Seite keine Erklärungen der Ruhe zu befürchten. Es wäre aber dringend zu wünschen, wenn General Le Nord's Ausführungen den Anlaß dazu böten, daß die Interalliierte Kommission, die für die Neutralität der Abstimmung einzutreten, nicht aber polnische Interessen zu vertreten hat, dafür Sorge trifft, daß polnische Ausschreitungen verhindert werden, wie man sie im Abstimmungsbezirk leider bereits häufig erlebt hat. Die Interalliierte Kommission sollte daher rechtzeitig die Bereitstellung genügender Kräfte zur Sicherung der Ordnung und Ruhe und zur vollen Aufrechterhaltung der Neutralität in Oberschlesien bewerkstelligen.

Entweder nicht am gleichen Tage oder außerhalb Oberschlesiens.

Paris, 28. November. Der Londoner Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet, daß gestern über die Volksabstimmung in Oberschlesien verhandelt wurde. Um den Ungelegenheiten zu entgehen, die die Zureife von vielen außerhalb des Volksabstimmungsbezirktes Wohnenden am Tage der Volksabstimmung haben könnte, seien Vorschläge gemacht worden. Nach dem einen sollen die außerhalb des Abstimmungsbezirktes Wohnenden nicht am gleichen Tage wie die Bevölkerung von Oberschlesien abstimmen. Nach dem anderen Vorschlag sollen die außerhalb Oberschlesiens Wohnenden außerhalb des Abstimmungsbezirktes, aber in der Besatzungszone, etwa in Köln, abstimmen.

Zu dieser Lösung bemerkte der Berichterstatter der Agence Havas, sie stelle die Freiheit des Abstimmungsrechtes und gleichzeitig die Aufrechterhaltung der Ordnung sicher. Es sei beschlossen worden, den letzten Vorschlag Polen und Deutschland zur Annahme zu unterbreiten. Würde er abgelehnt, so würde man die andere Lösung zur Anwendung bringen.

Zu diesen Vorschlägen ist folgendes zu bemerken: Sie stehen in Widerspruch mit den Bestimmungen des Friedensvertrages, denn dieser sieht ja die Einreise der Abstimmungsberechtigten und ihre Stimmenabgabe am Geburtsort vor. Dieser Satz aus dem Vertrage müßte also geändert werden. Außerdem verlangt der Vertrag für Oberschlesien, daß gemeindefeils abgestimmt wird. Was das bei einer Abstimmung von Hunderttausenden außerhalb Oberschlesiens gemacht werden soll, ist kaum denkbar. Im übrigen hat sich ja auch Frankreich stets gedrückt, nur ein Minimum am Vertrage zu ändern, und andererseits hat Lloyd George deutlich genug zu erkennen gegeben, der Vertrag müsse ordnungsmäßig durchgeführt werden (siehe oben). Also wird man vorläufig die Nachrichten über die Abstimmung noch weiter mit Vorsicht aufnehmen haben.

Genf, 29. November. Voraussetzlich wird bereits am Mittwoch den Deutschen die Entscheidung der alliierten Staatsmänner in London über Oberschlesien bekanntgegeben.

Der Reichszankler an die Oberschlesier.

Berlin, 29. November. Zugunsten der ober-schlesischen Verbände fand am Sonntag mittag im Zoologischen Garten ein Konzert statt, bei dem der Meißnerische Gesangsverein aus Rattow mitwirkte. Die Feier selbst wurde mit einer Ansprache des ehemaligen Rattow'scher Oberbürgermeisters Wohlmann eingeleitet. Nach einem Vorprakt folgten Chöre des Meißnerischen Gesangsvereins. Alsdann richtete Reichszankler Gehrbach an die anwesenden eine Ansprache, in der er a. a. ausführte:

Wenn Sie hinauskommen in alle deutschen Gauen, dann werden Sie auch zum Vermittler des großen deutschen Einheitsgedankens werden, der Sie veranlaßt hat, diese Reise zu unternehmen. Was Oberschlesien wirtschaftlich für uns ist, das wissen wir schon seit langem, was

es kulturell geworden ist, ist uns heute wieder hier vorgeführt worden. Ein heller Ruf der Begeisterung muß überall ertönen, wo es klingen werden, wo Sie eintreten werden für den Gedanken, daß der Abstimmungstag mit einem Sieg und einem Bekenntnis für unser Deutschtum endigen müsse. Diese ungeheuer wichtigen Tage werden der künftigen Welt zeigen, daß das Deutschtum ungebrochen ist und daß die Oberschlesier Deutschland die Treue bewahrt haben. Wir haben keine Sorge um den Ausgang. Mit den anderssprechenden Bewohnern Oberschlesiens werden wir freundlich zu verkehren wissen, denn Oberschlesien soll weiter blühen. Deutschtum und Oberschlesien werden vereinigt gefunden. Ich möchte der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser Lebensbund Deutschlands und Oberschlesiens auf ewig weiter bestehe. (Starker anhaltender Beifall.) Mit einem machtvollen Bekenntnis zum Deutschtum und dem Gelübde, am Abstimmungstage für Deutschland zu stimmen, fand die Feier dann ihr Ende.

Verordnung des Kardinals an die ober-schlesische Geistlichkeit.

Breslau, 26. November. Fürstbischof Kardinal Vertom hat an die Geistlichkeit im ober-schlesischen Abstimmungsgebiet eine Verordnung erlassen, in der es heißt:

1. Im ober-schlesischen Abstimmungsgebiete wird es allen Priestern und Alerikern jeglicher Nationalität und Sprache strengstens verboten, an einer politischen Demonstration teilzunehmen. Um irgend welche politische oder andere Reden zu halten, bedarf es der ausdrücklichen Erlaubnis des örtlich zuständigen Pfarrers.

2. Allen nicht in die Breslauer Diözese gehörenden Priestern wird überdies im ober-schlesischen Abstimmungsgebiete aufs strengste jedwede politische Agitation verboten, wobei sie im Halten von Reden oder in der Teilnahme an Demonstrationen bestehen. Auf Uebertretung eines jeden dieser beiden Verbote setze ich hiermit kraft bischöflicher Gewalt und in Kraft päpstlicher Ermächtigung die Suspensio, die dem Bischof reserviert ist. Der Erlass, daß der heilige Stuhl in spontaner Entschliebung in einem besonderen Erlass mich für autorisiert erklärt, beiden Vorschriften Nachdruck zu verleihen, ist ein markanter Beweis der Bedeutung, welche die höchste kirchliche Autorität diesen Normen beilegt. Zuwiderhandlungen sind mir vom Ortsparter unverzüglich anzuzeigen.

Weiter setze ich mich genötigt, von neuem Pflichten einzuführen, namentlich in der Kirche und in Ausübung des geistlichen Amtes alle und jede direkte und indirekte politische Agitation gewissenhaft zu meiden.

Proteste der katholischen Geistlichen gegen das Einreiseverbot des Kardinals.

Donnerstag fand in Deutzen O.S. eine Versammlung von Geistlichen statt, um zu den aktuellen Tagesfragen Stellung zu nehmen. Auf derselben wurde folgende Entschliebung gefaßt:

„Die heut zu Deutzen versammelten Geistlichen erklären einmütig ihre schmerzlichen Bedauern über das gegen unseren hochwürdigsten Oberhirten verhängte Einreiseverbot in einen wichtigen Teil seiner Diözese. Gleichzeitig erneuern sie aus vollem Herzen das bei der Priesterweihe gegebene Gelübde ehrebringendsten Gehorsams gegenüber den Weisungen des Bischofs.“

An der Versammlung nahmen 96 Priester teil aus dem Industriebezirk und den angrenzenden Kreisen. Für die Geistlichkeit in den nördlichen Kreisen des Abstimmungsgebietes fand Donnerstag auch in Oppeln eine Versammlung mit der gleichen Tagesordnung statt, an welcher 46 Priester teilnahmen. Auch diese traten obiger Entschliebung bei.

Niedriger hängen!

Ein Erlass der preussischen Regierung hat die Wahl der Unterrichtssprache für Oberschlesien in das Ermessen der Eltern gestellt. Man sollte nun meinen, daß die in der ober-schlesischen Volkspartei organisierten polnischen Wahlkreise Oberschlesiens, die sich bei jeder Gelegenheit als die einzig echten und wahren Demokraten aufspielen, mit dieser den Eltern, also doch den breitesten Volksmassen vertretenden Selbstbestimmung durchaus einverstanden sein müßten. Indessen weit gefehlt. Wenigstens die Vorkämpfer dieser Partei denken ganz anders. So meint die „Katholische Volkszeitung“ Rattow (Nr. 125 vom 23. 11. 20) förmlich Gift und Galle gegen den Erlass zu speien. Sie verleiht sich dabei zu folgender Äußerung: Die Eltern selbst sollen wünschen und entscheiden dürfen, aber man weiß, daß ein durch den preussischen Gendarmen und Schul-

meister bezogenes, d. h. zu geistigen Delikten und Tugenden gewähltes Volk einer selbständigen, offenen Entscheidung nicht fähig ist. Wir hängen die hohleste Behauptung und Verächtlichmachung des ober-schlesischen Volkes, das sich in diesen Worten ausdrückt, hiermit niedriger. Das Polenblatt weiß, daß die Eltern sich in überwiegender Mehrzahl für die deutsche Sprache entscheiden würden. Daher kein Geheul! Aber das gibt ihm noch kein Recht zu derartigen Anwürfen. Mögen sich die Intermediäre der „Katholischen Volkszeitung“, die ja immer auf ihr reines und unerschütterliches Ober-schlesertum pochen, als „geistige Delikten“ und „Tugenden“ fühlen, die große Frage des ober-schlesischen Volkes ist dies nicht, und sie wird denjenigen, die ihr derartiges zu bieten wagen, feinerzeit mit dem Stimmgabel in der Hand die gebührende Antwort zu erteilen wissen.

## Kolales u. Provinzielles.

Sobran O.S., den 30. November 1920.

§ (Vollbildungsbereich. Arbeitseinschaffung Seemann.) Donnerstag (nicht Freitag) den 2. Dezember, abends 8 Uhr, alte Schule, I. Mädchenklasse, I. Etod. Vortrag über: Der Mensch und die Erde, die Religion und das Leben. Gäste herzlich willkommen!

§ (Ernennung.) Zur Bestätigung des Oberlandesgerichts-Präsidenten in Breslau ist der Justizdirektor Karwath, welcher bei dem hiesigen Amtsgerichte die Geschäfte des ersten Gerichtspräsidenten und des Gerichtspräsidenten führt, zum Justizdirektor ernannt worden.

§ (Mit dem Eisernen Kreuz 1. Klasse) ist Herr Lehrer Ludo Dünzig in Borschütz, früher in Borna, nachträglich ausgezeichnet worden.

§ (Die nächste Stadtverordnetenversammlung), die auf der Tagesordnung der Bürgermeistereiwahl haben wird, findet am Donnerstag, den 9. Dezember, nachmittags 4 Uhr statt.

§ (Kath. Orfellenverein.) In der letzten Sitzung des Vereins wurde der Beschluß gefaßt, am 2. Weihnachtstertage ein öffentliches Theater, am 3. Weihnachtstertage eine Weihnachtstertage im Rahmen des Vereins und in der ersten Hälfte des Januar eine Festungsbergung in Form eines Bantens Abends zu veranstalten.

§ (Bombenattentate in Jastrzemb.) Sonntagabend zwischen 10 und 11 Uhr fand in Bad und Ober-Jastrzemb hintereinander drei Bombenattentate ausgeführt worden und zwar gegen die Bahnhofsgebäude von Bad und Ober-Jastrzemb und gegen die Baracke Ober-Jastrzemb. In allen 3 Fällen wurde erheblicher Sachschaden angerichtet. Am Bahnhof Bad Jastrzemb wurden die Bahnhofsgebäude und sämtliche Fensterheben der Westfront zertrümmert, am Bahnhofsgebäude Ober-Jastrzemb sämtliche Fensterheben der Wohnung des Bahnhofsassessors, während der Bombenschlag gegen das Barackengebäude, der durch ein Fenster erfolgte außer anderem auch Mobilien Schaden anrichtete, der sich auf mindestens 7000 M. beläuft. Der Beamten und Einwohner dieser drei Geheuligkeiten sind deutsch gefaßt.

• (Die polnische Mark) galt am 29. 11. 13 1/2 Sch.

§ (Schöffengericht Sobran.) Am 26. d. M. wurde vor dem hiesigen Schöffengericht der erst 19jährige Grubenarbeiter Hermann Molyda aus Hoy wegen Diebstahls abgeurteilt. M. hatte vor etwa 1 Monat einem hiesigen Kaufmann 3 Paar angegebene Strümpfe im Werte von ca. 100 M. gestohlen. Das Gericht hat mit Rücksicht auf das Alter und die Unbescholtenheit des Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 1 Woche für hinfällig erachtet. — Einen Akt größter Rohheit hat sich der Grubenarbeiter Johann Mähre, gleichfalls aus Hoy, zuhanden kommen lassen. Als am 8. September der Hauerlehre Bräutigam im Laufe einer Hochzeitsfeier bei völliger Dunkelheit auf die Straße trat, wurde er von Mähre, den er an der Stimme erkannte, von hinten angefallen und durch zwei kräftige Messerstiche am Kopfe schwer verletzt. Das Gericht hat geglaubt, für diese unerhörte Rohheit eine exemplarische Strafe verhängen zu müssen, und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von 4 Monaten.

• (Die Erhebung von Post- und Eichvermerkgebühren) ist mit dem 20. November d. J. fortgesetzt. Es kostet daher der Post, gleichviel ob er nach dem In- oder Auslande ausgereicht wird, nur 3,50 M., und zwar 3 Mark die Stempelmark und 50 Pfennig Formulare- und Aufreissungsgebühr. • (Das große Red.) Zu der Nachmittagsübung am Freitag der Klassen-Vorträge ist

der Hauptgewinn von 500000 Mark auf Nr. 1064.

**(Das Beweismaterial Kupfab.)** Während der Verfolgung Kupfab, d. h. die Organ nach wie vor existiert, besaßen unbekante Personen zweimal in die Wohnung einzudringen. Die Leibes erst davon ab, als ihnen gesagt wurde, daß die Wohnung von Holz brannte und nicht sei. Während der die Unkosten verfolgten, ist nicht klar, hängt aber vielleicht mit dem Kupfab Kreise zusammen, das Beweismaterial für die Mittel des Organes herauszubekommen, was angeblich ein Verbot von 50000 Mark ausgesetzt ist.

**(Wieder eine Exzesse des Kapfab.)** Am heutigen Abend in Stellen unterzubringen, hat der Papst 200000 Lire gestiftet.

**(Ein langer Prozess.)** Nach 8 1/4 jähriger Dauer wurde kürzlich das Konfessionsverfahren über den Nachlaß des Bankiers Doktor Knapp in Jauer nach erfolgter Abhaltung eines Schlichtertermins aufgehoben.

**(Die Postener Kartoffeln.)** Zur Aufklärung über den Verbleib der Postener Kartoffeln für Oberösterreich gibt ein Schreiben der internationalen Kommission an das Gewerkschaftskartell Brünner Anlaß. Danach ist noch nicht ein Handel der kontraktlich an Lieferenden Kartoffeln in aus Polen eingetroffen, der Erzeugung größerer Mengen ist vor Eintritt des Herbstes kaum zu erwarten. Die Schuld an dem Ausbleiben der Kartoffeln trägt allein die Postener Arbeiter.

**(Wer darf in Polen heiraten?)** Ein junger Mann in Schwarzweiser wollte die Tochter eines Offiziers aus einem benachbarten Dorfe im Kreise Blech heiraten. Als er die nötigen Papiere bei seiner polnischen Ehefrau einreichte, sagte man ihm, daß er die Erlaubnis zum Heiraten nicht ohne bestimmte Erlaubnis, die er den Nachweis erbringt, daß seine zukünftige Frau sozial Vermöglichen besitzt, daß sie im Falle ihrer Eingehung zum polnischen Staatsbürgerschaft ohne Unterbrechung aus der polnischen Staatsbürgerschaft leben kann.

**(Mordmord in der Rentmeisterei in Polisch-Krawarn.)** Sonntag Abend gegen 7 Uhr wurde in der Rentmeisterei der Ortlich Gutsbesitzer von Doornitzerischen Verwaltung in Polisch-Krawarn ein Mordmord verübt. Während der Mordmord, Amtsvorsteher Glocke, mit seinem Assistenten bei der Abrechnung der Gehaltslisten beschäftigt war, drangen mehrere Handlanger in das Kassenlokal. Der Geldschrank stand offen. Zwei Handlanger hielten mit vorgehaltenem Revolver den Assistenten in Schach. Rentmeister Glocke stellte sich den Handlangern entgegen, wurde aber im nächsten Augenblick über den Rücken gestoßen. Er war auf der Stelle tot. Die Handlanger räumten den Inhalt des Geldschrankes und flüchteten unerkannt. Die Leiche des gerandeten Betrugers liegt noch nicht tot. Man nimmt an, daß er etwa 17000 Mark bei sich hat. Die granige Blutspur wird in den Resten der Handlanger des Kreises Rathbor größte Erbitterung und Trauer erwecken. Rentmeister Glocke war eine in diesen Kreisen wohlbekannte und allseits beliebte Person.

**Kapfab, 29. November.** (Bombenattentat.) Am Montag Abend gegen 9 wurde gegen die Druckerei des Blattesverlegers Barthelemy eine Bombe geworfen. Zum Glück ist diese ungefähr 1/2 Meter zu kurz, so daß die Explosion nicht beschädigt wurden. Dagegen wurden sämtliche Schriften des Gebäudes sowie die Schriften des in der Nähe liegenden Diktierkassens der internationalen Kommission zerstört.

**Köslau, 28. November.** In dem Brande der Benzolmischerlei in Gemmagrube ist noch zu bemerken, daß der Schaden sich auf 2 Millionen Mark beläuft. — Am Mittwoch den 26 d. M. Abends drangen drei maskierte Banditen in die Kontorist Willmann ein und forderten dem Besitzer mit vorgehaltenem Revolver 2000 Mark der Raffe ab. Die anwesenden Gäste, 10 Herren, wurden so in Schrecken gesetzt, daß sie schließlich das Hotel verließen. Herr Scherer Mor Hein aus Wilmow drang allein auf die Räuber ein, doch gelang es ihm nicht, einen von ihnen festzunehmen.

**Köslau, 29. November.** Die Stadtdiener hielten eine kurze Sitzung ab. Als Stadtvorsteher neu eingeführt wurde Fohsowitsch Brodtk. Der Stadtvorsteher 2. Herr Blath (Dramatiker) ist freiwillig ausgetreten. In der Hauptversammlung erfolgte eine informelle Aussprache über die im Bau befindliche Starkstromleitung. Die 500000 Mark-Anleihe hierfür ist gerettet worden.

**Köslau, 27. November.** (Ein Pulvermagazin in Altberan in die Luft geflogen.) In Altberan ist am Freitag nachmittag das Pulvermagazin in die Luft gegangen. Eine von Verwundeten sind nicht zu beklagen. Die Ursache ist noch nicht aufgeklärt. Man nimmt

an, daß die Explosion auf plötzlich auftretendes fremdes Feuerwerk zurückzuführen ist.

**Wilsberg, 27. November.** Von der Direktion der Fabrik wird gemeldet: Eine Explosion in der Fabrik erfolgte Freitag nachmittag um 4.10 Uhr mit einer solchen Heftigkeit, daß das Dampfab völlig zerstört wurde und sämtliche Fenster zerbrachen in weitem Umkreise zertrümmert wurden. Die Ursache der Explosion ist noch nicht bekannt, es steht aber fest, daß sie keinesfalls auf ein politisches Attentat zurückzuführen ist, vielmehr auf ein bisher noch nicht bekanntes Versehen im technischen Betrieb. Verletzt wurde niemand. Der Betrieb ist auf etwa 3 1/2 Wochen eingestellt.

**Köslau, 27. November.** Die mitgeteilt wird, hat der Streik und die Arbeitslosigkeit der Kohlenarbeiter im Gesamt Kohlen Schächern von der Kohlenarbeiterpartei Mark veranlaßt. Durch die Arbeitslosigkeit der Kohlenarbeiter sind die Arbeiter im Gesamt von 50 geworden, so daß in ihnen eine Versorgung notwendig ist. Die Versorgung der Stadt mit Gas wird auf längere Zeit hindurch lahmgelegt sein, weil eine Erneuerung des gleichen Teils der Röhren erforderlich ist.

**Wentzen, 27. November.** Eine zweite Verhaftung in der Kapfab'schen Nordstraße ist gestern am Verhaftung der hiesigen Kriminalpolizei erfolgt. — Die Verdachtmomente gegen den bereits früher Verhafteten verdächtigen sich immer mehr. Die Angehörigen des Ermordeten erkennen in diesem mit 21-jähriger Reife als einen der Täter. Außerdem wird er sich dieser in Wilsberg über seinen Aufenthalt am fraglichen Nordabend.

**Wentzen, 29. November.** Das Verhaftete der Bergleute wird in diesem Jahre entsprechend dem Grube der 3 1/2 nur durch Gottesdienst gefeiert. Die sonstigen gesellschaftlichen Veranstaltungen fallen weg.

**Wilsberg, 29. November.** Auf dem Wege nach Köslau wurde der Domänenverwalter Rohde von hier von 4 bewaffneten Handlanger überfallen, die ihm die Tasche mit 28000 Mark, die zur Entlohnung der auf dem Domänen Kohlen beschäftigten Arbeiter bestimmt waren, raubten und damit unerkannt im nahen Walde entkamen.

**Oppers, 27. November.** Das hiesige Schwurgericht verhandelte gegen die drei Brüder Grubbe aus Köslau im Kreise Groß-Strödel, die alle drei des Mordmordes an dem Fleischer Rührer aus Köslau angeklagt waren. Anfang des Monats Juni wurde in der Nähe einer Wohnung der Rührer, Kreis Oppeln, die Leiche des hiesigen Rührer aufgefunden. Als Täter kamen sofort die drei Brüder Grubbe in Frage, da man Rührer vor seinem Verschwinden in das Gebiet der drei Brüder hatte hingewiesen sehen. Die Geschworenen sprachen alle drei Brüder schuldig, worauf das Gericht gegen Ludwig und Paul Grubbe auf Todesstrafe, gegen Johann Grubbe auf 2 1/2 Jahre Zuchthaus erkannte. Ludwig Grubbe ist vor seiner Verurteilung aus dem Gerichtsstaat „Gott lebe Polen!“

**Der Magistrat gibt durch Aushang bekannt:** Es findet gemäß Bundesratsverordnung am 1. Dezember 1920 wiederum eine Viehzählung, wie am 1. September 1920, also auch der Ziegen und des Fiederviehs statt. Die Militärsperre werden nicht gezählt. Gemäß Verordnung des Bundesrats vom 8. Mai 1918 — R. G. Bl. S. 387 — ist die Zählung auch diesmal auf die Zahl der Zuchtbauer und Zuchtstuten angesetzt. Wer vorläufig eine Anzeige, zu der er auf Grund der in Frage kommenden Bundesratsverordnung vom 30. Januar 1917 und der nach § 2 erfolgten Bestimmungen angefordert wird, nicht erkrankt oder wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10000 Mark bestraft, auch kann Vieh, dessen Vorhandensein beschworen worden ist, im Interesse des Staates verfallen erklärt werden.

**Jagd-Verpachtung.** Die Gemeindefeld Jagd Riegersdorf in Größe von 89 29 ha wird am Sonntag, den 12. Dezember 1920, nachmittags 4 Uhr im Wolsch'schen Gasthaus in Riegersdorf meistbietend verpachtet. Riegersdorf, den 28. Novbr. 1920. Der Gemeindevorstand, Prayloa.

**Raninchen-Zelle** nur frisch oder eingefroren werden von mir zum Gerben angenommen. Franz Hallatsch, Bahnhofstr. 211.

Richard Baschwitz  
Cäcilie Baschwitz  
geb. Berger  
danken herzlichst für die ihnen zu ihrer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeit.  
Königsgrube, im November 1920.

L. S.  
Es ist uns gelungen, für  
Mittwoch, den 1. Dezember 1920  
den II. Teil von  
**Die Lieblingsfrau  
des  
Maharadschah**  
ein orientalisches wunderbar schönes  
Drama in 4 Akten mit Genar Tolnis  
in der Hauptrolle zu bringen.  
Wer den I. Teil gesehen hat, versäume  
nicht den II. Teil.  
Dienstag abends 8 Uhr: Probe.  
Mittwoch abends 8 Uhr abends.  
Musikbegleitung.  
Billets werden hierna schon im Vorverkauf abgegeben.

Mittwoch, den 1. Dezember  
**Groß. Eisbeinessen**  
von vormittags 10 Uhr ab.  
Robert Dziorny.

Meiner werten Kundschaft und einem verehrt. Publikum die ergebene Anzeige, daß sich mein  
**Friseur-Geschäft**  
von jetzt ab Breitestr. 54 befindet und bitte um weiteren geneigten Zuspruch.  
Max Reichenberger,  
Friseur und Dentist.

Gebrauchte aut erhalten  
**Nähmaschine**  
verkauft Frau Inspektor Krall, Pawlowitz OS.  
**Dienstmädchen oder Bedienung**  
zum sofortigen Antritt gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein zuverlässiger und tüchtiger  
**Nachwächter**  
für sofort gesucht.  
**Oberschles. Apparate- u. Eisenwerke G. m. b. H. Sohrau OS.**  
Ein tüchtiger  
**Schachtarbeiter**  
für sofort gesucht.  
**Dampfziegelei Franz Kutz.**

**Margarine**  
frisch, Pfund 16 Mark, bei größeren Quanten noch billiger, gibt ab  
Bruno Elias.  
Ein Bierapparat mit 2 Messinghähnen (Marmorplatte) und Zuleitung, sowie 1 Eisfrank 1 m breit 90 cm hoch und 1 Labentisch (Gegenstände lagern in Malapone) sind veräußert. Näheres durch B. Elias, Sohrau OS. zu erfahren.

# Die Abstimmung steht unmittelbar bevor!

Wir machen daher nochmals unsere Unterkommissariate bekannt, die für alle Fragen der Abstimmung und der Schutztätigkeit zuständig sind.

Rattowitz, den 27. November 1920.

## Plebiszit-Kommissariat für Deutschland Komisaryat plebiscytowy za Niemcami

Büro: Rattowitz, Mühlstraße 23 (Hotel Klemenz)  
Telefon Nr. 2280, 2281, 2282 Amt Rattowitz.

### Verzeichnis der Unter-Kommissariate:

- Beuthen O.-S.**, Handelslehrer Hoffmann, Büro: Bahnhofstraße 18, Bahnhofshotel, Telefon Nr. 677, Privatwohnung Kluckowitzerstr. 9, techn. Abteilung: Bürgermeister a. D. Gralka, Büro und Telefon wie vor.
- Cosel**, Oberkaplan Jankowski, Büro: Quandstraße Ecke Rogauerstr. Telefon Nr. 406, Privatwohnung an der Kirche, Telefon Nr. 67.
- Gleitwitz**, Rechtsanwalt Kaffanke, Büro: „Deutsches Haus“, Ring, Telefon Nr. 655, Privatwohnung Wilhelmstr. 29, Telefon Nr. 647.
- Rattowitz**, Lehrer Müller, Büro: Hotel Klemenz, Mühlstr. 23, Telefon Nr. 2280, Privatwohnung Emmastraße 27.
- Rödigshütte**, Studienrat Janocha, Geschäftsführer Lehrer Jbzinski, Büro: Leichstraße 4, Tel. Nr. 290, Privatwohnung Moltkestraße 4.
- Kreuzburg**, Amtsgerichtsrat Fuchs, Büro: Hotel Fürst Bismarck, Ring, Telefon Nr. 24, Privatwohnung Wilhelmstraße 3 b. I.
- Leobschütz**, Rektor Hofrichter, Büro: Kreuzstr. 10, Telefon Nr. 170, Privatwohnung Kreuzstr. 10, Telefon Nr. 170.
- Zublitz**, Rektor a. D. Richard Puff, Büro: Rosenbergerstraße 148, Telefon Nr. 83, Privatwohnung Hohenzollernstr., Telefon Nr. 86.
- Oberglogau**, Rechtsanwalt Dr. Marx, Büro: Glückstraße 297, Telefon Nr. 44, Privatwohnung Ring Nr. 15, Telefon Nr. 44.
- Oppeln**, Rechtsanwalt Korgel, Büro: Nikolaistraße 44, Telefon Nr. 794, Privatwohnung Nikolaistraße 44, Telefon Nr. 794.
- Wiesch**, Rechtsanwalt Zur, Kalkenhaustraße 3, Kaminogesellschaft, Telefon Nr. 98.
- Wattbor**, Geschäftsführer Seminarlehrer Dr. Weigel, Büro: Volkoplatz 10, Neue Laubstummeneinstalt, Telefon Nr. 12, Privatwohnung Braustraße 14, Telefon Nr. 160.
- Mosenerz**, Prorektor Tschander, Büro: Bahnhofstraße 306 b, Telefon Nr. 24, Privatwohnung Bahnhofstraße 306 b, Telefon Nr. 24.
- Myslak**, Studienrat Professor Münzer, Büro: Schloßplatz 3, Telefon Nr. 99, Privatwohnung Gymnasium, Telefon Nr. 116.
- Grog-Strehlitz**, Studienrat Dr. Kulot, Büro: Krakauerstraße 20, Telefon Nr. 72, Privatwohnung Neuer Ring 2.
- Tarnowitz**, Seminarlehrer Schwiese, Büro: Hoel „Sechs Linden“, Ring, Telefon Nr. 95, Privatwohnung Lukaschiffstraße 1, Telefon Nr. 515.
- Studenburz**, Fabrikbesitzer W. Dffowski, Büro: Bahnhofstraße 9 I, Reichsbank, Telefon Nr. 100.
- Nikolai**, Kaufmann Hugo Blasel, Büro: Hotel zur Post, Friedenstraße 10, Zimmer 4, Telefon Nr. 132.
- Myslowitz**, Amtsanwalt Kraftschick, Büro: Bahnhofstraße 4 II, Telefon Nr. 44, Privatwohnung Feldstraße 10.